

# bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD LAND BREMEN



FOTO: SPD LAND BREMEN

Am 1. September, dem Antikriegstag, war Matthias Platzeck, langjähriger Ministerpräsident von Brandenburg und ehemaliger Parteivorsitzender, heute Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, unser Gast in Bremen – Fotos: links und Mitte. Bei der Veranstaltung der SPD LAND BREMEN im KWADRAT sprach er sich für eine neue Ostpolitik aus. Eine Sicherheitsarchitektur in Europa sei ohne Russland nicht denkbar, unabhängig von der Einschätzung der aktuellen Politik. Er forderte ein Ende der Sanktionen und eine neue Gesprächsinitiative. Die Begrüßung hatte unser Landesvorsitzender Reinhold Wetjen – Foto rechts – übernommen, moderiert wurde die Veranstaltung von Sarah Ryglewski, Parlamentarische Staatssekretärin und Kandidatin für den Bundestag, Foto Mitte.

## ZUSAMMEN SCHICKEN WIR DIE UNION IN DIE OPPOSITION!

Von Reinhold Wetjen, Vorsitzender SPD LAND BREMEN

**W**arum stellt die SPD überhaupt einen Kanzlerkandidaten auf? Solche und ähnliche Fragen gab es vor einem Jahr zur Kandidatur von Olaf mehr als genug zu hören. Aber auch oder gerade bei Parteien gilt: Totgesagte leben länger! Stand jetzt führt die SPD alle Umfragen an und Olaf wird mit Abstand als der Geeignteste für das Kanzleramt angesehen. Da soll noch einer sagen, dass sich Wahlkämpfe nicht lohnen würden. Ich möchte jetzt ungern der Spielverderber sein. Auch ich freue mich über den Zuspruch, den wir gerade erhalten und nach vier Jahren Zweckbündnis mit der Union ist es schön, so viel Rückenwind zu bekommen. Am Ende zählt aber nur, wie am 26. September gewählt wird. Ich erzähle euch da nichts Neues, aber auf den guten Umfrageergebnissen können wir uns nicht ausruhen! Vielmehr müssen sie ein Ansporn sein, jetzt noch einmal alles zu geben, um aus guten Umfrageergebnissen ein gutes Wahlergebnis zu machen. Während wir entschlossen auftreten, zeigt sich die Union gerade orientierungslos und panisch – die aktuel-

le peinliche Rote-Socken-Kampagne macht das mehr als deutlich. Davon dürfen wir uns nicht beirren lassen, denn unsere Ziele sind klar: Eine lebenswerte Zukunft, eine solidarische Gesellschaft und ein klimaneutrales Deutschland. Mit Olaf haben wir einen Kandidaten, der diese Ziele auch kompetent umsetzen kann und dem die Menschen vertrauen. Jetzt ist Zeit für Veränderung, für einen Mindestlohn von 12 Euro, für eine Kindergrundsicherung, für bezahlbaren Wohnraum und stabile Renten. Das schaffen wir nur, wenn wir die Union auf die Oppositionsbank schicken! Der gute Bundestrend hilft uns natürlich auch vor Ort, wo Sarah und Uwe gerade alles geben, damit unser Bundesland auch nach der Wahl rot bleibt. Denn auch nach über 70 Jahren ist es keine Selbstverständlichkeit, dass die SPD wieder beide Direktmandate holt. Bremen und Bremerhaven brauchen weiterhin eine starke Stimme im Bundestag und Sarah und Uwe brauchen dafür eure Unterstützung! Ich habe euch zu meiner Wahl als Landesvorsitzender eines versprochen:

Ihr müsst arbeiten! Gerade jetzt in der heißen Wahlkampfphase brauchen wir jede helfende Hand. Zum Beispiel beim Tür-zu-Tür Wahlkampf können wir gar nicht genug engagierte Genossen und Genossinnen haben. Wenn ihr mithelfen wollt, freuen sich euer Ortsverein und euer Unterbezirk, von euch zu hören. Wenn so etwas eher nicht nach eurem Geschmack ist, gibt es aber noch genug andere Angebote, bei denen wir eure Unterstützung brauchen. In Bremen-Stadt starten wir nun mit dem zentralen Infostand. Wenn du mithelfen möchtest, ist das ein guter Anlaufpunkt. Das gleiche gilt für den Wa[h]ltreff in Bremen-Nord, von dem viele Aktionen ausgehen und alle aus Bremerhaven sollten unbedingt einmal bei „Schmidt gemacht“ vorbeischaun, denn wann hat man sonst einmal die Chance, vom örtlichen MdB bekocht zu werden? Ihr seht, auch bei guten Umfragewerten ist noch genug zu tun. Die SPD hat die Chance, nach der Wahl den Kanzler zu stellen – nutzen wir sie. Ich zähle auf euch! ■

**IMPRESSUM**

**Herausgeber:**  
SPD-Landesorganisation  
Bremen  
Violenstraße 43  
28195 Bremen  
Tel.: 0421/3 50 18-0  
Fax: 0421/3 50 18-37  
info-bremen@spd.de

**Redaktion:**  
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)  
Namentlich gezeichnete  
Beiträge werden von  
den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürger-  
schaftsfraktion Bremen,  
Marieke Meinhart  
(V.i.S.d.P.),  
Wachtstraße 27/29,  
28195 Bremen

# LEBENSWERTE ZUKUNFT FÜR ALLE

Die SPD hat die richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft

Von Sarah Ryglewski, Parl. Staatssekretärin, Bundestagskandidatin Wahlkreis 54 und Platz 1 auf der Landesliste zur Bundestagswahl 2021



FOTO: FIONN GROSSE

**B**ei der anstehenden Bundestagswahl entscheiden die Bürger:innen darüber, wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen soll. Dabei geht es um die Frage, wie wir die großen Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz oder Digitalisierung bewältigen, eine gerechte Gesellschaft schaffen und eine gute Zukunft für alle gestalten. Dafür hat die SPD einen klaren Plan.

Wir setzen uns ein für ein **KLIMANEUTRALES DEUTSCHLAND BIS 2040**, indem wir Tempo machen beim Ausbau der erneuerbaren Energien und Stromnetze. Wir brauchen neue Stromspeicher und eine nachhaltige Wasserstoffproduktion. Das bringt neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze, auch in Bremen.

Wir setzen uns ein für einen **STARKEN UND VERLÄSSLICHEN SOZIALSTAAT**, der den Menschen mit Respekt begegnet und ihnen das Leben leichter und sicherer macht. Mit einem leichteren Zugang zum Arbeitslosengeld I und einer stärkeren Anerkennung von Lebensleistungen. Mit einem Recht auf Weiterbildung und einem Bürgergeld, das Hartz IV ersetzt und ein Leben in Würde sowie gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Mit einem dauerhaft stabilen Rentenniveau, flexibleren Arbeitszeiten für junge Eltern und eine bessere Unterstützung für pflegende Angehörige.

Wir setzen uns ein für **BEZAHLBAREN WOHNRAUM**, indem Mieten in angespannten Wohnlagen zeitlich befristet nur in der Höhe der Inflationsrate steigen dürfen. Wir werden die Mietpreisbremse entfristen und die Mietenspiegel im Sinne der Mieter:innen verbessern.

Wir setzen uns ein für eine **PROGRESSIVE FINANZPOLITIK**, die Städte und Gemeinden finanziell deutlich besser ausstattet und ihnen Investitionen in die eigene Zukunft und in gute Lebensbedingungen vor Ort ermöglicht.

Wir setzen uns ein für einen **STARKEN FINANZIELLEN VERBRAUCHERSCHUTZ**, mit klaren Regeln für Banken und Versicherungen und einer Aufsicht, die auch proaktiv im Sinne der Verbraucher:innen tätig ist. Denn sie müssen sich darauf verlassen können, dass sie immer das für sie beste Angebot bekommen.

Wir setzen uns ein für eine **BESSERE UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN**, etwa durch eine eigenständige Grundsicherung für Kinder, damit sie unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen haben. Mit beitragsfreien Kitas, Ganztagsangeboten, kostenloser ÖPNV-Nutzung und einem neuen, existenzsichernden, automatisch ausgezahlten Kindergeld.

Wir bringen unser Land nach vorne und machen das Leben der Menschen noch besser – mit einem klaren Kurs und Olaf Scholz als nächsten Bundeskanzler. ■

## FÜR EIN HANDLUNGSFÄHIGES BREMEN

Kommunen müssen ihre Zukunft selbst gestalten können

Ein Beitrag von Sarah Ryglewski

**B**remen ist eine attraktive Stadt, in der man gut leben kann. Als starker Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort ist sie für die Zukunft gut aufgestellt und hat das Potential, Innovationen voranzutreiben, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen sowie Einkommen und Perspektiven für viele Menschen zu sichern. Damit Bremen Vorreiter für einen nachhaltigen Industrieumbau werden kann, müssen im Bund die notwendigen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

Viel zu lange bestand das Idealbild deutscher Finanzpolitik darin, jeden nicht ausgegebenen Euro als besondere Leistung darzustellen. Dabei sind nicht getätigte Investitionen von heute die Schulden von morgen und eine Belastung für kommende Generationen! Wenn wir heute nicht die Grundlagen zukünftigen Wachstums über mutige Investitionsvorhaben schaffen und sicherstellen, dass wir den Klimawandel begrenzen, werden uns die Kosten morgen doppelt einholen.

Deshalb setze ich mich ein für eine progressive Finanzpolitik im Bund, die Kommunen wie Bremen finanziell deutlich besser ausstattet und ihnen ermöglicht, in ihre Zukunft zu investieren. Denn vor



FOTO: SPD LAND BREMEN

Ort können Herausforderungen wie Klimaschutz oder Digitalisierung nicht nur am besten bewältigt werden, sondern es geht auch um die Frage, ob die Bürger:innen vor Ort überhaupt mitentscheiden können. In einer Kommune, die nur noch die nötigsten Ausgaben tätigen kann, sind auch die Menschen vor Ort nur noch Zuschauer:innen. Dabei

sind es die Städte und Gemeinden, die den Großteil der Investitionen in gute Lebensbedingungen vor Ort tätigen. Sie sind es, die neben der Sicherung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen auch dafür sorgen, dass beispielsweise neue Kita-Plätze geschaffen und Schulen gut ausgestattet werden oder ein gut ausgebautes ÖPNV-Angebot existiert.

Deshalb ist es ebenso wichtig, Kommunen von ihren Altschulden zu befreien. 2.500 Städte und Gemeinden in Deutschland gelten als überschuldet und sind somit in ihrer Investitionsfähigkeit eingeschränkt. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat bereits Anfang 2020 einen konstruktiven und realisierbaren Vorschlag dazu vorgelegt, der leider am Widerstand der Union gescheitert ist. Das ist bitter, denn wer sich einer Lösung für diese Problematik verweigert, verkennt, dass die Altschulden der meisten Kommunen keine Folge von Verschwendung, sondern von strukturellen Veränderungen und wirtschaftlichen Umbrüchen sind, wie wir in Bremen nur zu gut wissen. Doch wir als SPD kämpfen weiter dafür, denn für uns ist ganz klar: Gute Infrastruktur und die Frage, ob vor Ort eigenständige Entscheidungen getroffen werden können, dürfen nicht vom Wohnort abhängen. ■

# ARBEITER, BETRIEBSRAT, POLITIKER: UWE SCHMIDT

Der Bundestagsabgeordnete Uwe Schmidt kandidiert erneut im Wahlkreis 55 Bremen II-Bremerhaven. In den letzten vier Jahren hat er wichtige Projekte umgesetzt.

**M**oin, Uwe Schmidt“, wer dem 55-jährigen Bremerhavener zum ersten Mal begegnet, wird so begrüßt. Hinter der rauen Stimme verbirgt sich ein gelernter Kfz-Mechaniker und Hafenfacharbeiter, der vor seiner politischen Laufbahn mehr als dreißig Jahre im zweitgrößten deutschen Seehafen gearbeitet hat. Egal ob Kabeljau oder Kaffee löschen, Autos verladen oder Container laschen, Schmidt hat alle Jobs gemacht. In den Hafen zog ihn damals das Versprechen, dass man, wenn man hart arbeitet, sich keine Sorgen machen müsse, wie das nächste Paar Turnschuhe für die Kinder bezahlt werden könne. Gute Arbeitsbedingungen und faire Tariflöhne, dafür hatten die Sozialpartner im Hafen gesorgt. Über seine Gewerkschafts- und Betriebsratstätigkeit kam Schmidt 2010 schließlich zur SPD. Die Partei steht damals wie heute an der Seite der Arbeitnehmer:innen: Für mehr Tarifbindung, gute Arbeitsbedingungen, betriebliche Mitbestimmung und einen Mindestlohn von 12 Euro als absolute Lohnuntergrenze. „Das ist eine Frage des Respekts. Wir müssen Arbeit wieder wertschätzen“, so Schmidt.

Als Schmidt 2017 das erste Mal in den Bundestag einzog, hatte er vier Jahre in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven und zwei Jahre in der Bremischen Bürgerschaft als Erfahrung vorzuweisen. „Politik und Hafenarbeit haben mehr gemeinsam, als mancher denkt. Nur wenn man anpackt, kann man was bewegen“, erklärt Schmidt. Im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft ist er zuständig für die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Sein größter Erfolg ist, dass Werk- und Leiharbeit in der Fleischindustrie verboten wurden. „Auf den Schlachthöfen herrschten schon vor der Pandemie katastrophale Zustände. Endlich ist es

gelingen, das Gesetz gegen den Widerstand der Union durchzusetzen. Das Durchwursteln in der Branche hat ein Ende“, so Schmidt.

Auch im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur konnte Schmidt Verbesserungen durchsetzen. Unter anderem wird auf Schmidts Initiative hin nun die Sicherung von Arbeitsplätzen der Beschäftigten in den deutschen Häfen vom Bund gefördert. Fischereifahrzeuge der kleinen und großen Hochseefischerei profitieren künftig von der Schifffahrtförderung des Bundes. Für ein Bundesland, in dem jeder fünfte Arbeitsplatz vom Hafen abhängt und die Fischwirtschaft eine zentrale Rolle spielt, sind das wichtige Landmarken.

Schmidt versteht seine Arbeit in Berlin als Lobbyist für die Anliegen aus seinem Wahlkreis. Über 60 Millionen Euro an Fördergeldern hat Schmidt nach Bremerhaven, in den Bremer Norden und Westen geholt. Die Mittel fließen in Sportstättenanierungen wie das Nordseestadion, das Stadion Vegesack oder das Fritz-Piaskowski-Bad. Für den Klimaschutz gibt es Bundesmittel in Millionenhöhe für das Bremerhavener Projekt „Renaturierung einer Hafencity“ und für einen urbanen Klima-Waldpark im Bremer Stadtteil Oslebshausen. Von weiteren Mitteln profitieren die Kultur- und Museumsbranche und der Denkmalschutz mit vielen Projekten zum Erhalt des maritimen Erbes. „Hier möchte ich nach dem 26. September anknüpfen. Denn jeder Euro aus Berlin entlastet den Bremer Haushalt. Bei vielen Projekten bleibt die Wertschöpfung in der Region. Kleine und mittelständische Handwerksbetriebe profitieren. Das sichert Arbeit und Beschäftigung und sorgt dafür, dass es sich in Bremen und Bremerhaven gut leben lässt. Aber auch als Wissenschafts-

und Forschungsstandort und als Tourismusmagnet haben unsere Städte Strahlkraft über die Landesgrenzen hinaus. Das alles kostet Geld zum Erhalt und zur Weiterentwicklung, was Bremen und Bremerhaven alleine nicht stemmen können“, berichtet Schmidt. Wer Schmidt kennt, weiß, er hat noch einiges auf dem Zettel. Anpacken für die Menschen in Bremen und Bremerhaven, das ist seine Motivation. ■



Uwe Schmidt vertritt in Berlin die Interessen der Menschen aus dem Bremer Westen, Norden und Bremerhaven.

## „BREMEN KANN REALLABOR FÜR DEN KLIMANEUTRALEN UMBAU DER INDUSTRIE SEIN“

Uwe Schmidt, Direktkandidat der SPD im Wahlkreis Bremen II-Bremerhaven spricht im Interview über seine Pläne für die nächste Wahlperiode.



**W**ir wollen 2045 komplett klimaneutral sein. Kann uns das gelingen und welche Rolle spielt Bremen dabei?

Ich bin überzeugt, dass es uns gelingt, bis 2045 klimaneutral zu sein. Dazu gehört, dass wir beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Stromnetze Tempo machen. Der Wasserstofftechnologie kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Bremen ist geprägt von der Luft- und Raumfahrt, der Hafenvirtschaft, der Lebensmittel-, Automobil- und Stahlindustrie. Mit Hilfe der Wasserstofftechnologie und der bei uns ansässigen Wissenschaft und Forschung wird es uns gelingen, die Industrie klimaneutral umzubauen. Bremen kann Reallabor für diesen Umbau der Industrie sein und zeigen, wie die Transformation sozial und ökologisch gelingt.

**Für welche Belange Bremens willst Du Dich außerdem im Bundestag einsetzen?**

Der Bund muss dem zweitgrößten deutschen Seehafen endlich die Beachtung schenken, die ihm als Leistungsträger für die gesamte Bundesrepublik zusteht. Bremen gibt jährlich enorme Summen für den Betrieb und die Instandhaltung der Hafeninfrastruktur aus. Der Bund muss sich daran zukünftig stärker finanziell beteiligen.

**In einem Satz: Warum sollte man am 26. September mit beiden Stimmen SPD wählen?**

Soziale Politik, die für gute Arbeit, faire Löhne und Sicherheit im Alter sorgt und einen Klimaschutz, der neue Arbeitsplätze schafft, gibt es nur mit einer starken SPD und Olaf Scholz als Bundeskanzler. ■

# KAMPF GEGEN WOHNUNGSLEERSTAND

Bürgerschaft verschärft Gesetz, damit Wohnraum nicht verfällt oder ungenutzt bleibt

**D**ie Bürgerschaft will verhindern, dass Wohnraum trotz hoher Nachfrage leer steht oder nicht für Wohnzwecke genutzt wird. Deswegen hat sie das Wohnraumschutzgesetz verschärft. „Es ist der Bevölkerung nicht zu vermitteln, dass der Staat in solchen Fällen untätig bleibt“, erklärte Falk Wagner, Sprecher für Wohnen, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Fraktion, in seiner Rede, „und mit diesem Gesetz zeigen wir: Es ist nicht so, dass der Staat dabei zusehen muss, sondern es kann etwas getan werden.“

Im Wesentlichen, so erklärte der Sozialdemokrat, handele es sich bei der Initiative um ein Anti-Leerstandsgesetz. „Und dabei“, so Wagner, „geht es um Leerstand trotz Nachfrage. Es gibt zum Beispiel im Viertel, in Findorff oder der Neustadt Reihenhäuser – grundsätzlich wertvolle Objekte – die verfallen. Das sorgt für Diskussionen in den Nachbarschaften. Und es lässt Menschen, ganz besonders Familien, die händeringend Wohnraum suchen, fassungslos zurück.“

Die Gründe dafür seien vielfältig, erklärte Wagner: Etwa Erbgemeinschaften, die sich nicht einigen könnten und daher abwarteten, bewusste Spekulation oder in manchen Fällen auch schlicht Desinteresse der Besitzer. Wagner: „Im Grundgesetz heißt es: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Ge-

brauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.‘ Und so werden wir als Koalition handeln.“

Dazu gibt das nun beschlossene Gesetz den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven künftig die Möglichkeit, Ortsgesetze zu erlassen. „Für die Koalition in Bremen kann ich sagen: Wir werden dies zeitnah auch tun“, kündigte Wagner an und erläuterte: „Wenn es gute Gründe für den Leerstand gibt – etwa eine Sanierung, einen Umbau oder mangelnde Nachfrage, ist das in Ordnung.“



FOTO: MEINERSTAMP/PIXABAY

Mit dem Gesetz wird aber die Möglichkeit geschaffen, die Bereitstellung von Ersatzwohnungen oder auch Ausgleichszahlungen für die Wohnraumförderung im Lande Bremen zur Auflage zu machen. Wenn trotz hoher Nachfrage aber länger als sechs Monate keine Sanierung und kein Umbau erfolgen und die Auflagen nicht befolgt werden, erhalten die jeweiligen Behörden nun die Möglichkeit, dies mit dem immer noch sehr maßvollen Instrument der Ordnungswidrigkeit zu ahnden. Und das ist auch richtig so.“

Wagner betonte, dass das nun verabschiedete Gesetz keinesfalls zu der Annahme führen dürfe, dass in Bremen weniger neu gebaut werden müsse. Es leiste jedoch einen kleinen, aber wichtigen Beitrag zur Bereitstellung von zusätzlichem Wohnraum. „Dieses Gesetz erwartet nichts anderes als Dinge, die eigentlich selbstverständlich sein sollten – und für 99 Prozent der Eigentümer auch selbstverständlich sind“, betonte Wagner abschließend. „Deswegen ist es gut, dass das Gesetz diese Etappe genommen hat. Ich freue mich darauf, dass wir zukünftig in der Lage sein werden, die Beschwerden aus den Stadtteilen und Nachbarschaften aufzunehmen. Und ich freue mich darauf, dass wir nun die Möglichkeit haben werden, gegen diese Missstände vorzugehen.“ ■